

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Claudia Köhler

Abg. Bernhard Pohl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Ernst Weidenbusch

Staatsminister Albert Füracker

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die Tagesordnungspunkte 5 und 6 auf:

Antrag der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2018 (Drs. 18/6798)

und

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2018 für den Einzelplan 11 (Drs. 18/6891)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtrededezeit der Fraktionen von 54 Minuten vereinbart. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als erster Redner hat der Kollege und Vorsitzende des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag auf Entlastung der Staatsregierung und der Antrag auf Entlastung des ORH sind immer ein besonderes Erlebnis für mich, und ich freue mich jedes Jahr darauf; denn die Frage nach stabilen Finanzen und einem Haushalt ohne Neuverschuldung hat meine ganze politische Arbeit hier im Bayerischen Landtag geprägt. Ich bin 2003 gewählt worden, so wie viele hier oder zumindest doch einige. Es sind schon ein paar weniger geworden.

Ich habe miterlebt und – so kann man sagen – auch miterlitten, wie wir 2004 im Nachtragshaushalt die relativ harten Sparmaßnahmen durchgesetzt haben. Es war kein einfacher Weg, sondern ein Weg mit viel Kritik. Ich erinnere mich noch an die erste Klausur in Kreuth. Der Weg war von Protestierern gegen alle möglichen Reformen und gegen die Sparmaßnahmen gesäumt. Aber man kann jetzt, 17 Jahre später, sagen, dass der Weg erfolgreich war. Das bestätigt auch der Oberste Rechnungshof in sei-

nem Prüfbericht der Haushaltsführung; denn er prüft ja die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Freistaates Bayern, der angeschlossenen Staatsbetriebe und Beteiligungen. Er bestätigt, dass wir damals den richtigen Weg gegangen sind.

Der Jahresabschluss 2018 gibt auch einen Blick in die Zeit vor Corona. Der ORH hat ein verkürztes Prüfungsergebnis vorgelegt, um die Kapazitäten der Staatsverwaltung bei den Stellungnahmen zu schonen. Er hat erst nur die sozusagen wesentlichen Punkte mitgeteilt und die einzelnen Punkte später, als sich die Lage wieder etwas entspannt hatte. Deshalb danke ich zuerst dem Obersten Rechnungshof, dem Herrn Präsidenten Hillenbrand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das umsichtige Vorgehen und die fundierte Arbeit. Wir wissen zu schätzen, was der ORH macht, und haben es berücksichtigt bei der Einrichtung der BayernFonds-Kommission und vielen anderen Dingen. Nicht immer, aber fast immer sind wir hier dem Votum des ORH gefolgt.

Ein ganz besonderer Dank gilt aber auch dem bayerischen Finanzminister und seinem ganzen Haus. Lieber Albert Füracker, danke dir für die hervorragende, korrekte Verwaltung, dass du die Zügel beim Haushalt streng hältst und die Spielräume schaffst, damit wir für die Zukunft arbeiten können. Ohne diese Spielräume geht es nicht, und wir haben sie uns hart erkämpft. Davon profitieren die Menschen in Bayern ganz entschieden.

Der ORH-Bericht macht deutlich, dass die Staatsregierung hervorragend gewirtschaftet hat. Im allgemeinen Teil gibt es keine Beanstandungen und in den besonderen Anmerkungen die Verbesserungsvorschläge, die wir schätzen und im Wesentlichen auch umsetzen. Der ORH bescheinigt eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Einnahmen von 63,8 Milliarden Euro stehen Ausgaben von 59,6 Milliarden Euro gegenüber. Ein stattliches Plus von 4,2 Milliarden Euro konnte der Rücklage zugeführt werden. Bereits zum neunten Mal in Folge waren die Einnahmen höher als geplant, und auch die Ausgaben konnten begrenzt werden. Im Jahr 2019 liegen wir mit 1,24 Milliarden Euro im Plus. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Natürlich liegt das an den guten Steuereinnahmen. Allein bei der Lohn- und Einkommensteuer gibt es ein Plus von 8,6 %. Aber es liegt auch daran, dass wir die Ausgaben immer konsequent begrenzt und uns auf Schwerpunkte konzentriert haben. Die Investitionen erhöhen sich um 691 Millionen Euro – das ist mit 11,1 % der Spitzenwert unter den westdeutschen Flächenländern. Der Durchschnitt liegt bei 8,9 %. Das zeigt, dass wir unseren Ankündigungen und Versprechungen auch Taten folgen lassen. Die Ausgaben für Baumaßnahmen stiegen um 9,7 % auf 1,64 Milliarden Euro. Die Ausgaben für den Betrieb von Straßen, Brücken und Gewässern lagen allein bei 610 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Infrastruktur ist uns ausgesprochen wichtig. Auch die Investitionsförderung ist deutlich gestiegen. Der Wohnungsbau erfuhr einen Zuwachs von 42 %, die Wirtschaftsförderung von 8,9 %, die Wissenschaft von 9 % und die Breitbanderschließung von 13 %. Wohnungsbau, Heimatstrategie, Wissenschaftsförderung, Breitbandausbau und vieles mehr sind die wichtigen Punkte, die wir vorantreiben.

Die Rücklage konnte gestärkt werden, sodass wir laut ORH-Bericht zu Ende des Jahres 2020 einen Puffer von rund 7 Milliarden Euro haben werden. Natürlich bedeutet Corona einen wesentlichen Einschnitt in unsere Finanzpolitik. Deshalb ist es so wichtig, dass wir Rücklagen haben, damit wir auch investieren und die Wirtschaft wieder zum Laufen bringen können. Zu Beginn war es wichtig, schnell und wirksam zu helfen. Das ist gelungen. Bayernweit sind 89 % der Menschen mit dem Krisenmanagement der Staatsregierung zufrieden. Unser Ziel muss sein, dass wir langfristig gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Corona-Krise zeigt, wie wichtig es ist, ein Polster zu haben. Wenn wir die sprudelnden Steuereinnahmen einfach ausgegeben hätten, so wie es andere Länder gemacht haben, und nicht seriös gearbeitet hätten, dann stünden wir vor größeren Problemen. Mit dem Nachtragshaushalt 2019/2020 haben wir im Wesentlichen die Schwerpunkte gesetzt, die uns nach vorne bringen, und mit den bei-

den Nachträgen haben wir auf die Herausforderungen von Corona reagiert. Unser Rating ist hervorragend, und deshalb konnten wir entschlossen handeln. Schuldenaufnahme und Kreditermächtigung waren für uns kein Problem, weil sie im Vergleich zu unserem Schuldenstand natürlich hoch sind, aber uns im Vergleich mit allen anderen Bundesländern nicht überlasten. Wir haben einen Schuldenstand von knapp 27 Milliarden Euro. 19,5 Milliarden Euro entfallen auf den allgemeinen Haushalt, 7,5 Milliarden auf die BayernLB. NRW hat im Vergleich dazu einen Schuldenstand von 170 Milliarden Euro zum Ende des Jahres 2019, und da ist Corona noch nicht dabei.

Auch die Pro-Kopf-Verschuldung ist in Bayern sensationell niedrig und zeugt von einer hervorragenden Wirtschaftsführung, dem Maßhalten zur rechten Zeit und dem Investieren an der richtigen Stelle. Wir müssen weiter so diszipliniert arbeiten. Das gilt auch für den Krisenfall. Das heißt, wir können nicht dauerhaft neue Schulden machen. In der Krise können wir es, aber in der Zukunft werden wir wieder daran arbeiten müssen, dass wir möglichst ohne neue Schulden auskommen. Die Schuldenbremse hat die Bewährungsprobe bestanden. Wir konnten reagieren und agieren, und wir haben einen Tilgungsplan aufgesetzt. Innerhalb von zwanzig Jahren wollen wir die neuen Schulden tilgen. Nur zum Vergleich: NRW gibt sich dafür vierzig Jahre Zeit. Das zeigt, dass wir nahe an den Dingen sind und konsequent neue Schulden zurückführen wollen. Das ist generationengerecht. Das ist solidarisch und überlastet die zukünftigen Generationen nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb haben wir auch immer Forderungen vor allem aus den Reihen der GRÜNEN abgelehnt, die Schuldenbremse aufzuweichen. Gerade die Union und insbesondere die CSU haben für die schwarze Null in Bund und Ländern gesorgt. Daran werden wir auch in Zukunft festhalten. Das ist unser Markenkern.

Im Haushaltsausschuss haben wir die Anregungen des ORH aufgegriffen und Beschlüsse gefasst. Wir werden in den Einzelfällen die Mängel abstellen und Verbesse-

rungen herbeiführen. Im Großen und Ganzen sind es aber wirklich Einzelfälle, die nicht von einer Unregelmäßigkeit zeugen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie deshalb alle, dem Antrag auf Entlastung der Staatsregierung für das Jahr 2018 zuzustimmen – er ist mehr als gerechtfertigt –, und natürlich auch der Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2018 im Einzelplan 11.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nun hat die stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, die Kollegin Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heuer ist nichts mehr wie es vorher war. Die Corona-Krise hat uns alle aus der politischen Routine gerissen und zu einem Blick in die Zukunft gezwungen. Zukunft kann man aber weder voraussagen noch berechnen – das haben uns die Pandemie und vorher schon die Finanzkrise deutlich gezeigt. Zukunft kann man aber gestalten. Dazu gilt es, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen weiter zu blicken als nur über den Zeitraum bis zur nächsten Wahl. Darum ist es heute umso wichtiger, Bilanz zu ziehen und Vorsorge zu treffen. Schauen wir genau darauf, wie wir gewirtschaftet haben und wie transparent das Geld eingesetzt wurde. Die Versäumnisse der letzten Jahre fallen uns nämlich seit März bitter auf die Füße.

Die Ausgaben sind 2018 um 4,9 % gestiegen. 2019 wurden sogar Ausgabensteigerungen von 6,5 % beschlossen. Für 2020 – alles noch vor der Krise – kamen noch einmal 3,2 % oben drauf. Das Ziel – ich erinnere – war doch, unter 3 % zu bleiben. Trotz Warnungen haben Sie 2018 etliche neue Ausgaben beschlossen, und per Gesetz gleich für die nächsten Jahre mit dazu – Ausgaben, die zukünftige Haushalte extrem belasten und den Handlungsspielraum einschränken: 375 Millionen Euro Landespflegegeld, 767 Millionen Euro Familiengeld, 150 Millionen Euro Eigenheimzulage,

37,5 Millionen Euro Baukindergeld – über 1,3 Milliarden Euro, alles ohne strukturelle Verbesserungen.

Die Steigerung im Ressort für Gesundheit und Pflege beträgt 250 %, geht aber fast ausschließlich für das Landespflegegeld drauf. Diese Mittel könnten wir jetzt gut für eine nachhaltige Vorsorge gebrauchen, für ausreichend und dauerhaft besser bezahltes Pflegepersonal, nicht bloß einmal 500 Euro auf die Hand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rücklage, die sich angesichts der guten Steuereinnahmen positiv entwickelt hatte, betrug Ende 2018 rund 10 Milliarden Euro. Bis Ende 2020 wollten Sie sie – noch vor Corona – auf 7 Milliarden Euro dezimieren. Bei boomender Konjunktur, schon ohne Not in Rücklagen zu greifen, ist ein No-Go, finde ich. In dieser Situation kommt jetzt der coronabedingte Konjunkturreinbruch.

Die Tilgung unserer Schulden – ein kurzer Blick auf die Schulden gehört auch dazu, wenn man Bilanz zieht – haben Sie 2019 eh quasi rückwirkend abgeschafft, gezehntelt, auf 50 Millionen. Jetzt haben wir weder sinkende Schulden noch angemessene Zuführungen an den Pensionsfonds. Zu unseren Ende 2018 knapp 27 Milliarden Euro Schulden kommen die Corona-Schulden von 20 Milliarden Euro und der BayernFonds hinzu, die Ausgaben für die zweite Stammstrecke, die Behördenverlagerungen, ein neues Konzerthaus – andere Künstler ignorieren Sie gerne mal, wenn es darauf ankommt – sowie die Investitionsstaus bei Bildung und Infrastruktur. Das, meine Damen und Herren, ist nicht generationengerecht und schon gar nicht intelligent für die Zukunft.

Was sagt nun der ORH zum Haushalt 2018? – Zunächst gilt dem ORH mit Herrn Präsidenten Hillenbrand, Frau Vizepräsidentin Frank und dem gesamten Haus ein herzlicher Dank für den Bericht und die gemeinsame Ausschusssitzung mit den konstruktiven Vorschlägen. Ich nehme es gleich vorweg; Sie werden sich nicht wundern: Die Kritik an den hohen Haushaltsresten ist deutlich und berechtigt. Die nicht gemachten

Hausaufgaben haben inzwischen solch ein Ausmaß angenommen, dass sie als eigene ressortübergreifende Beanstandung im Bericht stehen. Da müssten eigentlich alle Alarmglocken schrillen.

Die Haushaltsreste haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt: 7,3 Milliarden Euro Ende 2018, also über 11 % des Haushalts. Dem Grundsatz einer bedarfsgerechten Veranschlagung wird damit nicht mehr ausreichend entsprochen. Bei Bauprojekten ist eine Ausgabenverschiebung noch nachvollziehbar, aber was ist mit 326 Millionen Euro Resten bei der allgemeinen Wirtschaftsförderung oder 114 Millionen Euro bei der Krankenhausfinanzierung? – Da bin ich auf Ihre Ausreden gespannt. 57 Millionen Euro wurden beim Kapitel Energiewirtschaft nicht umgesetzt – mehr als die Ausgaben mit 41 Millionen. Mehr wurde nicht gemacht, als gemacht. Für digitale Bildung bleiben 36,4 Millionen übrig. Kein Wunder, 2018 sind gar keine Mittel abgeflossen. Sie versprechen viel und setzen es dann nicht um.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Landtag muss sich das Budgetrecht zurückholen und die Möglichkeit bekommen, eingezogene Reste neu zu veranschlagen.

Der ORH fordert eine Kategorisierung der Ausgabereste, eine Übersicht darüber, was eingezogen werden kann und was nicht. Ja, das fordern wir auch,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wurde im Ausschuss aber abgelehnt.

Wenn ich dann in Ihrer Stellungnahme lese, die Staatsregierung würde keinen Mehrwert darin sehen, die Kriterien für die Ausnahmeregelungen zur Übertragung zu definieren, finde ich das arrogant. Ich appelliere also an Sie: Lassen Sie die Ausgabereste nicht weiter als Reserve in den Ressorts stehen, verwenden Sie sie zur Krisenbewältigung, investieren Sie jetzt dort, wo Geld gebraucht wird!

Erstens. 1,5 Milliarden Euro liegen bei Bau und Verkehr, Geld für Wohnraum und Schienenpersonennahverkehr; das sind Projekte wie die S 4 und die S 7 in München, der Erdinger Ringschluss, die zweite Stammstrecke – alles Projekte, über die seit Jahrzehnten geredet wird, aber keines davon ist auch nur halbwegs fertig; da ist Berlin mit dem Flughafen noch richtig schnell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Geben Sie 402 Millionen Euro von Soziales für neue Plätze in Frauenhäusern, soziale Infrastruktur und schnelle Hilfen für Obdachlose aus!

Drittens. 1,7 Milliarden Euro warten seit 2018 in Wissenschaft und Kunst darauf, ausgegeben zu werden – für Investitionen, Sachmittel, Zuschüsse, Personal. Hier wird offensichtlich regelmäßig zu viel veranschlagt. Personal lässt sich nicht rückwirkend einstellen.

Viertens. Stecken Sie bitte die 154 Millionen Euro Reste endlich in den vorgesehenen Breitbandausbau.

Der Gipfel aber sind die 286 Millionen Euro, die bei Bildung warten – für digitale Bildung, Schulung, genügend Personal. Bereiten Sie jetzt "Blended Learning" vor! Es ist ein Skandal, dass die Digitalisierung so lange verschleppt wurde und wir immer wieder darüber reden müssen. Es jetzt wieder den Kommunen zu überlassen, und nur Bundesmittel durchzureichen, ist zu billig. Finanzieren Sie Endgeräte für Schülerinnen, Schüler und für Lehrkräfte, implementieren Sie die Digitalisierung in den Schulbetrieb mit klaren Ansagen zusammen mit den Lehrkräften!

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sähen kluge Investitionen in die Zukunft aus.

Eines noch: Das Thema IT zieht sich generell seit Jahren wie ein roter Faden durch die ORH-Berichte. In Zeiten der Digitalisierung auch hier eine Schmach. Sie haben

weder bei der Verwaltung noch im Bildungsbereich Ihre Hausaufgaben gemacht. Seit 2004 wird versucht, eine einheitliche Software für Schulverwaltungen einzuführen. 2020 gibt es noch immer kein zentrales Software- und Lizenzmanagement – weder in den Ministerien noch in den Behörden. Hören Sie auf den ORH! Stoppen Sie das Desaster von Inselfösungen und den damit verbundenen unnötigen Mehrausgaben! Apropos: Das wäre eine gute Gelegenheit, der Stabsstelle Digitalministerium – zu dieser Position haben Sie es verdammt –, endlich Kompetenz und Geld zu geben, damit etwas vorwärtsgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Umdenken in der Haushaltspolitik ist angesichts der sinkenden Steuereinnahmen und der neuen Rückzahlungspflichten aufgrund der Corona-Schulden unumgänglich. Setzen Sie jetzt Prioritäten zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Auswirkungen, zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen!

Wir können kein Themenfeld mehr losgelöst sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wirtschaftlichen Erfolg, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit wird es nur gemeinsam mit Klimaschutz, mit der Energiewende, mit einer Verkehrswende, mit Digitalisierung und mit verlässlicher Bildung für alle geben. Denken wir endlich langfristig, handeln wir endlich nachhaltig und zukunftsgerecht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion FREIE WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst mal danke für den guten Lernprozess. Diesmal hat es mit der Ankündigung ja funktioniert.

Liebe Frau Kollegin Köhler, wenn GRÜNE über den Flughafen reden, dann kommt meistens nichts Gescheites heraus. So war es eben auch hier.

Die zweite Vorbemerkung, die Sie mir gestatten: Man kann natürlich kritisieren und muss auch kritisieren, wenn man in der Opposition ist. Aber dass Sie jetzt überhaupt kein gutes Haar an der Haushaltsrechnung finden, lässt tief blicken.

(Beifall)

Ich möchte deshalb damit beginnen, den Finanzministern – wir reden von 2018 – Markus Söder und Albert Füracker und dem ORH unter Führung des Präsidenten Hillenbrand und der Vizepräsidentin Frank meinen herzlichen Dank zu sagen. Die Anregungen des Obersten Rechnungshofs sind eminent wichtig. Es waren nicht gerade sehr viele; aber sie sind eminent wichtig. Sie wirken insbesondere präventiv; denn schon die Gefahr, vom Obersten Rechnungshof gerügt zu werden, führt naturgemäß dazu, dass in der bayerischen Staatsverwaltung aufgepasst wird, dass man eben nicht Geld verschwendet und unnütz ausgibt. Deswegen kann, darf und muss man der Bayerischen Staatsregierung eine seriöse und solide Haushaltsführung ebenso bescheinigen wie die richtige Richtung, den richtigen Kompass. Es war und ist richtig, auf die schwarze Null zu setzen und nicht auf irgendwelche Fantasieprojekte, die die Verschuldung in die Höhe treiben. Zumindest ein anderes Bundesland fällt mir ein, das es fertiggebracht hat, in einer fünfjährigen Legislaturperiode – ich meine: dreimal – einen verfassungswidrigen Haushalt aufzustellen. Ich glaube, die GRÜNEN waren dort auch an der Regierung beteiligt. Davon hebt sich der Freistaat sehr deutlich und positiv ab.

Frau Kollegin Köhler, eines darf ich Ihnen auch nicht ersparen, wenn Sie hier die Digitalisierung ansprechen und sagen, der Freistaat möge doch endlich hier mehr Geld in die Hand nehmen und die Hardware für die Schüler finanzieren. Wir reden über den Obersten Rechnungshof. Es ist Ihnen sicherlich bekannt, dass die Kommunen Sachaufwandsträger sind. Wenn der Freistaat hier ohne eine Systemänderung einfach nur blind die Kosten übernehme, würde der Oberste Rechnungshof dazu durchaus kritische Anmerkungen machen.

Sie haben von Haushaltsresten gesprochen. Da stimme ich Ihnen zu. Aber ich sage Ihnen auch: Haushaltsreste sind besser als Haushaltslöcher.

Wir haben die Hausaufgaben in der Gegenwart gemacht. Das zeigt sich gerade in der jetzigen Situation. Wir haben über Jahre konsequent Schulden getilgt. Wir haben das Landesbank-Desaster so weit in den Griff bekommen, dass wir jetzt in dieser Corona-Krise auf einer guten Grundlage Gelder ausgeben, die wir aktuell nicht einnehmen können. Wir sind finanzpolitisch krisenfest aufgestellt. Das ist ein ganz klares Verdienst der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktionen hier im Hohen Hause.

Corona ist eine Bewährungsprobe. Aber Corona ist noch lange nicht vorbei, auch ohne eine zweite Welle. Ich denke, das ist uns allen bewusst. Wir werden vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen stehen. Das werden wir im Herbst merken; das werden wir nächstes Jahr merken; das wird uns noch jahrelang begleiten. Deswegen ist es wichtig, in so einer Situation die Frage zu stellen: Was haben wir gut gemacht? Wo müssen wir zu alten Tugenden zurückkehren? Natürlich auch: Wo müssen wir nachsteuern? Aber die Vergangenheit hat es gezeigt: Wir haben sehr viel richtig gemacht; denn sonst hätten wir diese Krise bis heute nicht so meistern können.

Deswegen frage ich mich, Frau Kollegin Köhler, wenn ich nur "Wir brauchen eine Wende, wir brauchen eine Wende, wir brauchen eine Wende" höre: Haben wir alles falsch gemacht? Und warum stehen wir trotz der Krise noch vergleichsweise gut da?

(Beifall)

Ja, wir müssen uns auf unsere Kernkompetenzen besinnen. Dazu habe ich alles Mögliche gehört. Aber über eines, Frau Kollegin Köhler, habe ich gar nichts gehört: über die Wirtschaft. Die Wirtschaft, die Industriepolitik ist eine unserer Kernkompetenzen. Dazu kommen natürlich auch Bildung und Innovation. Das hat uns stark gemacht, das ist unsere Basis. Auf dieser Basis können und müssen wir gut aufbauen. Aber das heißt auch, dass wir uns wieder stärker auf diese Basis besinnen müssen.

Frau Kollegin, Sie haben an der Eigenheimzulage, am Landespflegegeld und an kostenfreien Kindergärten Kritik geübt. Ich sage ganz offen: Unter anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen hätten wir das vielleicht gar nicht angeboten. Es war möglich. Das hat der Haushalt hergegeben.

Selbstverständlich muss man Dinge auf den Prüfstand stellen, wenn die Zeiten schlechter werden. Aber ich bitte Sie schon auch, anzuerkennen, dass es bewusste Prioritätensetzungen dieser Regierung waren. Sie können andere Prioritäten setzen. Aber ich glaube schon, dass unsere Prioritäten sehr wohl generationengerecht und zukunftsintelligent waren und sind, um Ihre Worte hier zu gebrauchen.

Ein letzter Punkt. Sie haben das Budgetrecht des Landtags angemahnt und haben auf die Ausgabenreste verwiesen. Beim ersten Punkt stimme ich Ihnen zu. Natürlich müssen wir als Bayerischer Landtag das Budgetrecht wieder in die eigenen Hände nehmen. Das haben wir bei den zwei Nachtragshaushalten der Finanzminister ganz bewusst nicht getan, weil es in so einer Krise nicht richtig gewesen wäre, in der heute schon das, was man gestern gesagt hat, falsch sein kann. Deswegen mussten wir der Exekutive natürlich Geld in die Hand geben, dass sie sehr schnell und flexibel reagiert. Das ist beim Doppelhaushalt wieder komplett anders zu sehen. Das wird beim Doppelhaushalt auch anders sein. Aber dass Sie die Haushaltsausgabenreste hier als Beleg für die Forderung hernehmen, dass der Landtag das Budgetrecht wieder in die eigenen Hände nehmen muss, ist in der Tat verfehlt. Denn wir können ja jederzeit dort, wo Ausgabenreste vorhanden sind, Budgets auch für die Zukunft kürzen; und wir können diese dann, wenn wir der Meinung sind, dass sie erhöht werden müssen, auch erhöhen.

Deswegen sage ich: Wir sind insgesamt auf einem guten Weg. Die Haushaltsrechnung 2018 ist vorbildlich. Wir werden die Staatsregierung und den Obersten Rechnungshof selbstverständlich mit bestem Gewissen und großer Freude entlasten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat uns wieder einen Bericht vorgelegt. Es geht um die Entlastung der Staatsregierung für das Jahr 2018. Wie schon im Bericht zuvor hat der Oberste Rechnungshof der Regierung wieder mit einem ganzen Strauß an Kritikpunkten die Aufwartung gemacht. Freilich ist es ein dorniger Strauß, den die Regierung mit wenig Freude empfängt und wohl am liebsten in eine dunkle Ecke stellen würde. Daher möchte ich Ihnen heute die schillerndsten Blüten staatlichen Versagens noch einmal vor das Gesicht halten.

Fangen wir mit dem Vergissmeinnicht des Schienenverkehrsplans an. Wir geben jedes Jahr ca. 700 Millionen Euro für den Schienenverkehr aus. Doch wie jeder Zugreisende weiß, gibt es trotzdem zahlreiche Signalstörungen sowie zahlreiche Mängel zum Beispiel am Gleisoberbau. Nun wäre es interessant zu wissen, welche Kosten in Zukunft auf uns zukommen. Dafür könnte ein solcher Schienenverkehrsplan sehr praktisch sein. Nur gibt es diesen nicht. Auch wissen wir nicht, welche Kosten wir tatsächlich einsparen könnten, da leider dieses wichtige Planungsinstrument namens Schienenverkehrsplan fehlt. 2019 hat man uns versprochen, dass dieser wichtige Plan bald fertigwerden würde. Das verspricht die Regierung übrigens schon seit 14 Jahren. Man könnte sagen, dass die Regierung bezüglich des Schienenverkehrs keinen Plan hat. So müssen wir uns überraschen lassen, wohin diese Reise auf Kosten des Steuerzahlers uns letztlich führen wird.

Für besondere Fehlleistungen vergebe ich die schwarze Rose an die Regierung für die Missachtung des Vergaberechts, und zwar für die Öffentlichkeitsarbeit des Wirtschaftsministeriums. Ausgeschriebene Kampagnen wurden während des Vergabeverfahrens umgeschrieben, Erfolgskontrollen fehlten. Da muss man sich schon fragen,

wie mit dem Steuergeld umgegangen wird. Wenn ich etwas kaufe, dann prüfe ich doch, ob ich das Bestellte auch bekomme. – Nicht so das Wirtschaftsministerium. Ich begrüße zumindest den Erkenntnisgewinn, dass ein nach oben offenes Kampagnenbudget nicht unbedingt an die Sparsamkeit appelliert. Wir werden sehen, ob hier in Zukunft wenigstens die Grundsätze des Vergaberechts eingehalten werden.

Noch krasser wiegt das Versagen der Regierung im Bereich Gesundheit und Pflege, bei ihrem Programm zur Förderung von Kurorten und Heilbädern. Seit 2012 wurden für die abgerufenen Fördermittel keine Verwendungsnachweise verlangt. Das heißt, die Empfänger hätten mit den Steuergeldern hemmungslose Partys feiern können, und niemandem wäre das aufgefallen oder niemand hätte das kritisieren können. Jetzt wurde angekündigt, dass man gerade mal bei einem knappen Drittel der eingereichten Verwendungsnachweise eine Sichtung der Unterlagen vorgenommen hat. Auf das Ergebnis dürfte der ausgepresste Steuerzahler gespannt sein; von etwaig noch nicht erbrachten Nachweisen ganz zu schweigen.

Jetzt kommen wir auf das Mauerblümchen der sogenannten Ausgabereste zu sprechen. Diese belaufen sich zum 31.12.2018 auf sage und schreibe 7,3 Milliarden Euro: 7,3 Milliarden Euro, die vom Steuerzahler bezahlt, aber nicht verwendet wurden, weil sich die Regierung verkalkuliert hat. Den größten Posten macht der Schienenpersonennahverkehr mit mehr als 800 Millionen Euro aus. – Wofür hatte die Regierung noch mal keinen Plan? – Hier setzt sich das Trauerspiel fort. Nach den Leistungen zum ÖPNV-Gesetz, das mit mehr als einer halben Milliarde zu Buche schlägt, folgt auf Platz 3 das Wohnraumförderungsprogramm mit über 400 Millionen Euro.

Letzteres ist besonders bemerkenswert: Während sich der Steuerzahler die eigenen vier Wände nicht mehr leisten kann, da der Staat ihn bis auf die Knochen ausplündert, kommt das Geld, das er für die eigenen vier Wände benötigt, nicht bei ihm an, da es in Programmen eingefroren wurde, die ihm nichts nützen. Die Ausgabereste sind Gelder, die wie ein Mauerblümchen nicht zur Geltung kommen. Nur dass es sich halt nicht um

ein paar Pfennige handelt, sondern um 7,3 Milliarden von der bayerischen Bevölkerung hart erarbeitete Euronen.

Jetzt kommen wir in den Genuss einer besonderen Pustebume. Ein Projekt, mit dem Steuergelder mit Ansage in die Luft geblasen wurden. Ich spreche vom Projekt "IZB Residence". Bei der IZB handelt es sich um das Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie. Ziel und Aufgabe dieses Zentrums war und ist es, junge Unternehmen im Bereich der Bio-, Gen- und Lebensmitteltechnologie zu fördern. Um diesen Zweck zu erfüllen, hatte man im dortigen Management mit Segen des Aufsichtsrats ein Projekt namens Boarding House eronnen. Es sollten Unterkünfte für Gastwissenschaftler geschaffen werden. Wohlgemerkt: Der Zweck ist es, junge Unternehmen zu fördern.

Was hat man mit den Mitteln vollbracht? – Das ist so grotesk, dass ich aus der Präsentation dieses Projekts zitiere: Die IZB Residence präsentiert sich als Hotellerie der gehobenen Kategorie. Die IZB wirbt damit, "erstmals in Europa Design-Unterkünfte auf einem Wissenschaftscampus" anzubieten. Dem Werbeauftritt der IZB zufolge verfügt das Bauwerk über 42 modern designte Zimmer und Suiten, eine 24-Stunden-Rezeption sowie eine gehobene Gastronomie. Außerdem gibt es komfortabel eingerichtete Empfangs-, Bar- und Loungebereiche. Im siebten Stockwerk wurde ein 170 qm großer Clubraum mit raumhoher Verglasung und Dachterrasse eingerichtet. – Das ist wahrlich eine Förderung, die sich junge Start-ups wünschen. Unbezahlbare Hotelzimmer! Dementsprechend entwickelte sich dieses Projekt zum Millionengrab. Abgesehen davon, dass die Kosten pro Hotelzimmer explodierten und außer jeglicher Konkurrenz stehen, blieb die Auslastung dieses Luxushotels unter 50 %.

Die Stellungnahme des Managements hierzu fasse ich kurz zusammen: Man solle es nicht so eng sehen, schließlich betreibe ja der Freistaat diese Unterkunft, und es sei ja auch ein Wissenschaftshotel. – Solche Aussagen sind blanker Hohn für die Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD)

Denn es ist ja nur deren Geld, das für Hirngespinnste verblasen wird. Bei einem so arroganten Missmanagement ist nur die Auswechslung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats die richtige Antwort. Ein entsprechender Antrag der AfD im Haushaltsausschuss wurde freilich abgelehnt – mit der Folge, dass diese Herrschaften weiter mit Segen der Regierung misswirtschaften können. – Es tut mir leid, aber dafür fehlt mir jegliches Verständnis.

Ich fasse zusammen: Ich bin dankbar für die Institution des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, der penibel und konsequent die Misswirtschaft des Freistaats aufdeckt. Meine Damen und Herren Kollegen – damit komme ich auch zum Ende –, das Symbolbild für das Streben nach Erkenntnis war in der deutschen Geschichte die berühmte blaue Blume. Wir von der AfD-Fraktion reichen Sie Ihnen zur erlösenden Erkenntnis. Nehmen Sie diese endlich an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf beginnen mit dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Obersten Rechnungshofes für ihre auch im Jahresbericht 2020 genaue, engagierte und zielgerichtete Arbeit. Ein Teil davon wurde hier bereits vorgetragen. Aber Kollege Zellmeier hat von Einzelfällen gesprochen. Das stimmt nicht. Es sind einzelne Fälle. Ich denke zum Beispiel daran, dass wir jetzt das "Jubiläum" feiern, dass in den Berichten die bayerische Finanzverwaltung 22-mal hintereinander kritisiert wird, und zwar nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern dass zu wenig Personal zur Verfügung steht. Das wird 22-mal hintereinander erwähnt. An dieser Stelle von einem Einzelfall zu sprechen, ist glatt verfehlt. Es geht dabei um die zu geringe Personalausstattung. Die Folge davon sind fehlende Millionen und Milliarden an Steuereinnahmen. Kolleginnen und Kolle-

gen, was ebenfalls fatal ist: Das Gefühl der Steuergerechtigkeit in Bayern bleibt auf der Strecke.

Oder sehen wir uns an, wie oft kritisiert wird, dass Förderprogramme des Freistaats in den verschiedenen Ministerien nicht konsequent umgesetzt werden: Man hat teilweise den Eindruck – zum Beispiel nach dem Bericht des letzten Jahres über das Wirtschaftsministerium –, dass im Ministerium keiner mehr weiß, welche Förderprogramme für was da sind, und dass schon gar keine Kontrolle stattfindet, wo die Erfolge sind. Kollege Zellmeier, da kann ich an dieser Stelle nicht von Einzelfällen reden, sondern dahinter ist ein Strukturfehler. Strukturfehler gibt es auch an anderer Stelle. Ich danke dem Rechnungshof auch dafür, dass er, zum Beispiel in einer Stellungnahme zum Gesetz zum BayernFonds und zur Bayerischen Finanzagentur, darauf hingewiesen hat, wo Verbesserungen notwendig sind. Dass es eine parlamentarische Begleitkommission gibt und dass es umfassende Prüfrechte des ORH, jetzt fixiert im Gesetz, gibt, ist einzig und allein der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Obersten Rechnungshofs zu verdanken. Deswegen kündige ich bereits an dieser Stelle für die SPD an, dass wir selbstverständlich der Entlastung des Rechnungshofs zustimmen werden.

(Beifall)

Ich bin aber dem Rechnungshof insbesondere dafür dankbar, dass er doch noch einen ausführlichen Bericht veröffentlicht hat; denn die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es wert, dass sie in diesem Landtag behandelt und nicht mit der Begründung und dem Schlagwort der Corona-Krise nicht veröffentlicht wird. Wir als SPD haben darauf gedrungen, und dankenswerterweise hat die Spitze des Hauses hierauf reagiert.

Warum haben wir darauf gedrungen? – Weil es gerade in einer krisenhaften Situation dringend notwendig ist, auf die Details eines Haushalts zu schauen. Und zu den Details eines Haushalts gehört zum Beispiel die strukturelle Frage, wie es denn mit den

Ausgabenresten aussieht. Es wurde bereits mehrfach gesagt: Die Ausgabenreste betragen in diesem Berichtszeitraum 7,3 Milliarden Euro. Sie haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Daneben gibt es aber auch noch 11 Milliarden Euro an aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen. Das heißt nicht, dass dieses Geld nicht irgendwann für irgendetwas ausgegeben wird und dass darüber ein Landtag nicht schon irgendwann einmal beschlossen hat. Aber das heißt, dass sie nicht zielgerichtet in den Jahren ausgegeben und für die Zwecke benutzt werden, für die sie im Haushalt vorgesehen wurden.

Mit Wahrheit und Klarheit eines Haushalts hat das nach unserer Auffassung nichts mehr zu tun. Der Haushalt ist mehr und mehr eine Black Box. Das ist das Gegenteil von Transparenz. Der Haushalt ist ein Verschiebebahnhof für Millionen und Milliarden geworden, bei dem am Haushaltsgesetzgeber vorbei einzelne Entscheidungen möglich sind und bei dem man erst ex post, also danach, zu einer Kontrolle und zu richtigen Entscheidungen kommt.

Das kritisieren wir. Das muss sich in den nächsten Jahren ändern. Der Rechnungshof hat den Finger in die Wunde gelegt. Deswegen war es richtig, dass wir auch in diesen Zeiten einen ausführlichen Bericht bekommen haben; denn wer schon in normalen Zeiten wie 2018 nicht bereit ist, das Parlament, den Gesetzgeber, die Öffentlichkeit bei allem mitzunehmen, zumindest zu informieren – offene Information, wann es nötig ist, wie viel Geld zur Verfügung zu stellen –, der muss sich fragen lassen, wie er denn dann in einer Krise handelt.

Leider hat sich bestätigt, was der Rechnungshof feststellt. Ich meine hier nicht nur die Infektionsschutzverordnung und Verwaltungsvorschriften und Richtlinien, die man zwar schnell erlassen kann und bei bestimmten Fragen schnell erlassen muss, aber bei denen man danach das Parlament einbeziehen und sich Bestätigung holen und gegebenenfalls auch Korrekturen mit dem Haus diskutieren kann. Das machen Sie nicht nur bei der Infektionsschutzverordnung nicht, sondern das machen Sie insbesondere beim Sonderfonds Corona-Pandemie nicht. Das sind zweimal 10 Milliarden Euro

in einer Black Box. Das Parlament bestimmt über die einzelne Ausgabe nicht mehr mit, sondern wird nur noch informiert, und das auch noch sehr zeitverzögert. Teilweise gibt es auch Presseerklärungen des Ministerpräsidenten, zum Beispiel zu 370 bis 400 Millionen Euro für den öffentlichen Personennahverkehr, die uns gegenüber bisher nicht angezeigt sind.

Wenn man das alles zusammenfasst, Kolleginnen und Kollegen, dann ist die Entlastung der Staatsregierung für die Haushaltsrechnung 2018 natürlich auch ein politisches Zeichen. Dieses politische Zeichen kann nur heißen: Nein, eine Entlastung für diese Art der Tätigkeit kann und darf es aus diesem Haus nicht geben. Von der SPD wird es sie nicht geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Entlastung steht auf der Tagesordnung, und streng nach dem Wortsinn und in Anlehnung an § 120 Aktiengesetz müsste man den ORH und die Staatsregierung eigentlich für das Jahr 2018 entlasten; denn der Einzelplan 11 und die Haushaltsrechnung sind ordnungsgemäß aufgestellt. Nichts anderes bedeutet Entlastung.

Beim Einzelplan 11, dem Haushalt des ORH, habe ich damit auch überhaupt kein Problem, aber bei der Haushaltsrechnung des Freistaats durchaus; denn erstens weist diese einzelne Stellen aus, bei denen bayerische Steuergelder alles andere als effizient eingesetzt wurden, und zweitens ist der Umgang der Regierung mit den ORH-Anmerkungen in manchen Fällen nahezu eine Zumutung. Ich werde dies gleich noch erläutern.

Aber zunächst noch etwas Grundsätzliches. In der aktuellen Lage müssen wir überlegen, wie wir mit einem Ausgabenprogramm möglicherweise die Wirtschaft stabilisieren. Das ist völlig okay. Wenn die bayerische Wirtschaft den Tiefpunkt der Krise aber überwunden hat, müssen wir sicherlich an der einen oder anderen Stelle Kürzungen vornehmen, vor allem an den Stellen, wo man mit weniger Geld ein vielleicht genauso gutes Ergebnis erzielen kann. Das betrifft die Effizienz der Haushaltspolitik, die ich schon öfter einmal zitiert habe. Ich fand es sehr schön, dass Herr Minister Füracker genauso wie im Haushaltsausschuss angekündigt hat, dass möglicherweise der nächste Doppelhaushalt ganz anders ausschauen wird und auch mit einigen Kürzungen zu arbeiten hat. Umso schlimmer war es, dass ihn der Herr Ministerpräsident zurückgepiffen und wenige Tage später verkündet hat, es werde keine Ausgabenkürzungen geben. Ich bin gespannt darauf, wie dieser Spagat ausschauen wird. Ohne Kürzungen wird es wohl nicht gehen. Dafür haben Sie auf jeden Fall die Unterstützung der liberalen Seite.

Jetzt ein paar konkrete Beispiele, wie sie insbesondere der ORH aufgelistet hat. Bei dieser Gelegenheit auch von meiner Seite vielen Dank an den ORH, an Herrn Hillenbrand und seine Mitarbeiter. Wir sehen es immer wieder in den Diskussionen im Haushaltsausschuss: Auch wenn man tiefergehende Fragen stellt, ist alles, was man zu hören bekommt, fundiert und niet- und nagelfest. Ich muss sagen, das ist beeindruckend.

Erstes Beispiel: Software-Lizenzmanagement in der Staatsverwaltung. Ich lese einmal vor, was dazu in dem ORH-Bericht steht: Die jährlichen Software- und Lizenzkosten der Staatsverwaltung seien mittlerweile auf 175 Millionen Euro gestiegen; die Staatsregierung habe keinen Überblick über den Einsatz und den Kostenanteil ihrer Software-Lizenzen; dabei habe der Ministerrat schon vor 14 Jahren beschlossen, ein Zentrales Software-Vertrags- und Lizenzmanagement einzuführen. – Und das in der Corona-Krise, in der wir ohnehin noch viel stärker auf die digitalen Möglichkeiten setzen müssen. Das kostet Geld. Das kostet verdammt viel Geld des Steuerzahlers.

Ich verstehe, dass viele Fachministerien nicht bereit sind, digitale Projekte an das Digitalministerium, das wir haben, abzugeben. Das Digitalministerium kümmert sich aber um die Koordinierung. So steht es jedenfalls auf der Homepage des Digitalministeriums. Es gibt sogar eine Abteilung im Ministerium mit den Aufgaben der IT-Strategie und der digitalen Koordinierung. Ich würde sagen, man könnte sich wirklich verdient machen, wenn man diesen Altfall endlich beseitigen und dies zusammenfassen würde. Das würde ich als die mindeste Aufgabe sehen. Bisher habe ich aber diesbezüglich noch keine Veränderung erkennen können.

Ein weiteres Highlight ist das Millionengrab ASV, Amtliche Schulverwaltung. Die Einführung ist ja wohl völlig aus dem Ruder gelaufen. Seit Anfang des Projekts hat sich das Budget versechsfacht. Am Anfang waren 4,5 Millionen und ein Projektbeginn im Jahr 2007 vorgeschlagen. Heute sind wir bei 28 Millionen Euro. Die ursprünglich geplante Umsetzung war bis September 2009, der letzte Planungsstand ist jetzt Schuljahr 2021/2022. Das ist Inkompetenz pur: Inkompetenz in Projektplanung, in Projektleitung, in Projektdurchführung. Es gibt keinen Projektplan und keine klaren Verantwortlichkeiten. In einem normalen Unternehmen wäre das Projekt schon lange unterbrochen worden; vermutlich wäre es ohne Projektplan noch nicht einmal gestartet worden, und die Projektleitung wäre schon lange entlassen worden. Ich hätte sie auf jeden Fall herausgeschmissen.

Deshalb wollten wir als FDP über den ORH-Vorschlag sogar hinausgehen. Ich hatte ja im Haushaltsausschuss vorgeschlagen, das Projekt bis dahin auszusetzen; denn wenn es so lange läuft, hätten ein paar Monate Unterbrechung auch nichts gemacht. Dann hätten wir endlich einen Projektplan bekommen, in dem ein Zeitplan, ein Budget, Verantwortlichkeiten, Projektcontrolling enthalten sind. Der Haushaltsausschuss war ein bisschen kulanter, hat aber trotzdem sehr deutlich formuliert, welche Art von Projektplan er sich vorstellt.

Es gibt noch eine ganze Menge weiterer Beispiele. Am meisten ärgert es mich, dass es so eine lange Liste an Altfällen gibt. Es gibt sehr viele Fälle, die seit zehn oder noch

mehr Jahren immer wieder aufgewärmt werden. Da zeigt es sich immer wieder, dass man eigentlich über diese Kosteneffizienz offenbar nie so richtig nachdenkt. Hier steckt ein enormes Potenzial.

Der ORH kann solche Fälle ja immer nur identifizieren, aufzeigen und Vorschläge zur Verbesserung unterbreiten, und es ist unsere Aufgabe als Parlament, dafür zu sorgen, dass solche Fälle auch aufgegriffen und erledigt werden. Selbst wenn die Regierung, das heißt der Haushaltsausschuss und das Parlament vorschlagen, den ORH-Vorschlägen zu folgen oder etwas geänderten Vorschlägen zu folgen und es dann vom Parlament so beschlossen wird, heißt es immer noch nicht, dass es auch erledigt wird. Das zeigt die Liste der Altfälle. Ich finde, das grenzt schon an Missachtung des Parlaments.

Wir werden auch heute wieder beschließen, welche Maßnahmen wir unternehmen, um die ORH-Monita aufzuarbeiten. Ich bin gespannt, was nächstes Jahr im Bericht dazu steht, wie viel wirklich aufgearbeitet wurde. Ich fordere deshalb, dass wir ein System einführen sollten, das die Ministerien stärker – ich sage das gewissermaßen in Anführungszeichen – motiviert, sich um die Altfälle intensiver zu kümmern. Es ist wie bei Kindern: Wenn das Alte noch nicht erledigt ist, gibt es nichts Neues, ganz einfach. – Wenn die Altfälle nicht erledigt sind, gibt es Einschränkungen im aktuellen Budget. So würde ich das machen. So würde man dafür sorgen, dass die Altfälle aufgearbeitet sind.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit wäre zu Ende, Herr Kollege.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ich denke, wir können einer Entlastung der Haushaltsrechnung auf keinen Fall zustimmen. Der Entlastung des ORH, Einzelplan 11, stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Kaltenhauser.
– Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Ernst Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist festzustellen, dass bei einem Haushaltsvolumen von über 62 Milliarden Euro der ORH der Staatsregierung bescheinigt hat, dass sie wunderbare Arbeit geleistet hat und dass in einem Volumen von 99,99 % die Dinge völlig ordnungsgemäß gelaufen sind. Das ist nicht nur das Verdienst der Staatsregierung, sondern das ist auch das Verdienst aller Mitarbeiter des Freistaats Bayern, der Beamten und der Angestellten. Denen haben wir an dieser Stelle eigentlich grundsätzlich zu danken, denn über 60 Milliarden Euro abzuwickeln, ist kein Pappenstiel.

(Beifall bei der CSU)

Letztendlich haben das ja die Redner der Opposition in ihren Wortbeiträgen bescheinigt. Womit haben sie sich denn befasst? – Mit dem Schienenverkehrsplan und mit Ausgaberesten. Ansonsten gab es in der Substanz keine wirkliche Kritik, weil es nichts zu kritisieren gab. Selbst das wurde nur beim Obersten Rechnungshof abgelesen, aber leider noch nicht einmal ganz verstanden.

Da wollen wir das Ganze doch ein bisschen bildhaft machen. Wovon reden wir denn?
– 62 Milliarden Euro Haushalt, das vergleiche ich jetzt mit dem Haushalt einer Familie in Bayern, der es nicht so gut geht, die beispielsweise jetzt in der Corona-Zeit am Flughafen München arbeitet – Sie wissen ja, da kenne ich mich aus – und die Flugzeuge ausgeladen hat. Die haben im Jahr 15.500 Euro Gesamtbudget zur Verfügung. Bei uns waren von den Ausgaberesten 2,5 Milliarden Euro für Drittmittelentnahmen Bund und Europa zweckgebunden. Dieses Geld ist deswegen ein Ausgabereist, weil wir es vorhalten müssen, damit man die anderen Gelder von Bund und Europa bekommt. Diese Familie wartet auf den Zuschuss der Gemeinde für die Solaranlage in Höhe von 630 Euro. Das haben sie noch nicht auf dem Konto. Das hätten sie gerne in dem Jahr ausgegeben, aber die Gemeinde hat halt den Zuschuss noch nicht geleistet.

2,63 Milliarden Euro sind Ausgabereste für die Erfüllung rechtlicher und vertraglicher Verpflichtungen. Das ist nichts anderes, als wenn bei meiner Beispielfamilie der Pkw in der Werkstatt war, weil er entweder repariert werden muss oder ein Service fällig war. Aber die Rechnung über 657,50 Euro – das wird vielleicht ein VW Passat oder so sein, weil es für unsere bayerischen Modelle in der Regel sehr viel teurer ist – ist noch nicht da. Was macht die Familie? – Sie bildet einen Ausgabereist; denn sie weiß eins: Die Rechnung wird kommen, und sie muss bezahlen.

Dann haben wir noch 1,16 Milliarden Euro kommunaler Finanzausgleich. Wir alle wollen, dass es an die Kommunen ausbezahlt wird, nur die Abrechnung ist noch nicht da. Darauf haben wir keinen Einfluss. In unserer Musterfamilie – sie wohnt zur Miete – ist es die Nebenkostenabrechnung. Sie weiß schon, die Differenz beträgt in jedem Jahr so um die 290 Euro, genauso wie in diesem Jahr.

Jetzt sind schon 6,31 Milliarden Euro dieser Haushaltsreste verbraucht. Was bleibt denn jetzt noch? – 550 Millionen Euro für Hochbaustraßen, Wasserbauprojekte, die nicht zu Ende gebaut werden konnten, warum auch immer. Ich weiß es nicht mehr auswendig, ob es im November/Dezember 2018 nass oder kalt war, aber die Straße ist ja auf Dauer nicht so geblieben, sie ist im nächsten Jahr fertiggebaut worden. Bei unserer Familie ist nach zehn Jahren etwas kaputtgegangen, was sie ersetzen muss, zum Beispiel weil eine Tür zwar nicht verfault ist, sondern vielleicht jemand dagegengelaufen ist. Kosten: 137,50 Euro. Das steht nicht zur Disposition. Das Geld muss diese Familie dafür genauso vorhalten wie wir.

Jetzt kommen noch zwei Positionen. Die eine heißt zentrale Budgetverwaltung: 410 Millionen Euro. Das ist das Geld, das das Finanzministerium den anderen Ministerien gelassen hat, damit sie ein bisschen Spielraum bei der Disposition haben. Bei meiner Familie heißt das Haushaltskasse und beträgt nur 102,50 Euro, damit, wer auch immer in der Familie gendgerecht für die Haushaltsführung und die Einkäufe zuständig ist, das Geld zur Verfügung hat und etwas kaufen kann. Mir ist es vollkommen egal, ob dies die Mama, der Papa oder sonst wer in der Familie macht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt kommt das, womit man tatsächlich disponieren kann: 70 Millionen Euro von über 60 Milliarden Euro stecken in Sonderprogrammen. Ich habe ein bisschen das Gefühl, es sind die 17,50 Euro, die die Familie noch hat, weil sie aufgrund kleinerer Verfehlungen einen Teil des Taschengelds einbehalten hat. Aber auch das werden sie irgendwann wieder auszahlen. Wünschen wir der Familie, den Kindern, dass es ihnen gut geht, so gut wie dem Freistaat Bayern.

Ich hoffe, Ihnen ist deutlich geworden, dass der Opposition die Auseinandersetzung mit dem Haushaltsrecht dazu dient, um überhaupt etwas zu sagen; denn es steckt nicht wirklich etwas dahinter. Die Diskussion, die wir dazu im Haushaltsausschuss geführt haben, hat ja auch dazu beigetragen, dass wir gesagt haben, wir wollen eine Sitzung des Haushaltsausschusses mit dem Finanzministerium und mit dem Obersten Rechnungshof, bei der all die Leute im Haushaltsausschuss erfahren können, um was es wirklich geht. Dort werden die Einzelprojekte exemplarisch durchgesprochen. Dann müssen die Geschäftsstellen der Oppositionsparteien ihren Rednern auch nicht mehr diesen Unsinn aufschreiben, sondern können sich mit dem befassen, was für die Haushaltsausschussarbeit wirklich wichtig wäre.

Den Kollegen Harald Güller nehme ich an dieser Stelle aus, weil ich gesehen habe, dass er nicht alles vorgelesen hat, sondern durchaus eigene Gedanken vorgebracht hat. Das hätte ich von dir, Harald, auch nicht anders erwartet.

Nach alledem: Lassen Sie unsere bayerische Familie leben und stimmen Sie der Entlastung des Obersten Rechnungshofs und der Bayerischen Staatsregierung zu. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon.
– Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Weidenbusch, es würde mich noch interessieren, welches Ministerium Verfehlungen begangen hat bzw. welchem Ministerium Sie das Taschengeld gekürzt haben.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Kollegin Köhler, dass Sie das jetzt im Plenum wissen wollen, zeigt gegenüber diesem armen Kind der Familie ein echt steinernes Herz. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Die meisten hier im Saal haben den Verdacht – jetzt muss ich aufpassen, weil wir in einer Koalition sind –, dass das entweder das Wissenschaftsministerium oder das Kultusministerium war.

(Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Weidenbusch. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gehört: Der ORH hat unsere Haushaltsrechnung geprüft und hat attestiert, dass die Haushaltsbewirtschaftung auch im Jahr 2018 höchst ordentlich war. Ich danke allen, die das hier ausdrücklich anerkannt haben. Ich bedanke mich natürlich auch bei allen, die in der Staatsverwaltung insbesondere mit Haushalt zu tun haben, in den Ministerien, insbesondere auch bei meinen Leuten. Ich bedanke mich natürlich auch beim ORH für die Prüfung und die Beurteilung sowie für die Tipps, die wir bekommen haben, und ich sehe der Abstimmung zuversichtlich entgegen, bei der es eine Entlastung geben könnte, obwohl viele nicht wahrhaben wollten, dass wir über ein Jahr berichten konnten und eine Haushaltsrechnung über ein Jahr erstellt haben, wie es so schnell nicht mehr kommen wird. Ich habe einen Rahmen dabei, in den wir die 4,2 Milliarden Euro Haushaltsüberschuss einrahmen

können; denn so schnell werden wir nicht noch einmal einen Haushaltsüberschuss von 4,2 Milliarden Euro haben.

Dass es dennoch irgendwo etwas zu kritisieren gibt, wonach man lange suchen muss, irgendwo auf Seite 98, und man dies hier dann vorträgt, ist das gute Recht der Opposition – ich verstehe es dennoch nicht; denn dieser Haushalt hat wirklich in jeder Hinsicht das Prädikat spitze verdient.

Hier werden Sachen erzählt, die einfach nicht stimmen, zum Beispiel zur Rücklage. Frau Köhler, dazu haben Sie behauptet, wir hätten die Rücklage verkleinert. Ende 2019 war die Rücklage jedenfalls größer als Ende 2018. Ende 2020 wird sie etwas kleiner sein. Wir haben hier schon berichtet, weswegen das so sein wird. Sie müssen aber wenigstens hier die korrekten Zahlen vortragen, statt die Leute zu verunsichern. Wir haben nämlich auch 2019 wieder einen guten Haushaltsüberschuss gehabt und ihn der Rücklage zugeführt. Kollege Zellmeier, dem ich als Haushaltsausschussvorsitzendem sehr danke, hat das auch dargestellt.

Natürlich haben wir Themen, die interessanterweise immer wieder dazu benutzt werden, um angeblich zu beweisen, dass Haushaltsdisziplin und Haushaltsführung schlecht wären. Ich habe schon in einer Pressemitteilung, Frau Köhler, aufmerksam gelesen, dass unsere Haushaltsdisziplin schlecht wäre, und zwar deswegen, weil wir Haushaltsreste produziert haben. – Fürwahr! Die Haushaltsreste sind zunächst dramatisch gestiegen. Ich sage Ihnen auch, weswegen: weil wir uns in Zeiten sehr guter Haushaltsführung natürlich auch viele Projekte vorgenommen haben und weil wir aufgrund einer Überauslastung bestimmter Wirtschaftsbranchen das Ganze in der Praxis eben nicht so schnell umsetzen konnten, wie wir es uns vorgenommen hatten. Dies hat aber nichts mit Haushaltsdisziplin oder mit schlechter Haushaltsführung zu tun, sondern das hat damit zu tun, dass sich eben das eine oder andere Projekt verzögert. Das Geld ist noch vorhanden.

Ich habe auch von irgendjemandem gehört, Haushaltsreste wären quasi Veruntreuung von Geld. Das Geld des Steuerzahlers wurde nicht ausgegeben, ist hier gesagt worden. Meine Damen und Herren, wenn das Geld des Steuerzahlers veruntreut worden wäre, würde ich diese Kritik verstehen. Sich aber darüber zu beklagen, dass das Geld des Steuerzahlers nicht ausgegeben wurde, ist schon eine skurrile Argumentation.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, Haushaltsreste sind keine freien Mittel. Der Zweck wurde vom Landtag festgelegt. Kollege Weidenbusch, dem ich für seine Darlegung sehr danke, hat erklärt, wofür diese Haushaltsreste zur Verfügung stehen. Wir können sie auch einziehen. Ganz ehrlich: Für die Staatsregierung ist es keine Last, die Haushaltsreste einzuziehen. Dann könnten wir im neuen Haushalt den Betrag wieder ausbringen, damit das Projekt, das längst begonnen wurde, umgesetzt werden kann. Was daran an Klarheit und Transparenz vorhanden sein soll, wie ich hier gehört habe, die angeblich unserem Haushalt fehlen, weiß ich nicht genau. Lieber Harald Güller, Klarheit und Transparenz kann man feststellen, wenn man unseren alljährlich vorgelegten Haushaltsbericht liest. Darin sind nämlich alle Haushaltsreste aufgelistet. Ab fünf Millionen Euro steht dort, wofür diese Haushaltsreste vorgesehen sind. Mehr Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit und Transparenz kann man doch eigentlich überhaupt nicht herstellen. Diese Haushaltsrechnung ist jedermann zugänglich. Ich glaube deswegen, dass wir zu den Haushaltsresten auch keine großen Diskussionen mehr zu führen brauchen.

Frau Kollegin Köhler, eines wird allerdings nicht funktionieren: Wenn wir die Haushaltsreste einziehen und dann wiederverwenden, wird dies nicht dazu führen, dass wir mit diesem Geld zweimal etwas machen können. Sie stellen das ja geradezu so dar, als würden wir etwas behalten, damit der Landtag damit nichts mehr tun kann. Das ist eine sehr skurrile Darstellung; denn der Landtag hat beschlossen, wofür das Geld verwendet wird. Wenn es noch nicht ausgegeben ist, hätte ich als Landtagsabgeordneter zunächst einmal Freude. Dann kann ich mir überlegen, ob ich das Projekt kille. Wenn

Sie vorschlagen – Ernst Weidenbusch hat das angesprochen –, die Haushaltsreste, zum Beispiel das Geld, das die Kommunen noch nicht abgerufen haben, wieder einzuziehen, werde ich den Kommunen sagen: Die GRÜNEN wollen, dass wir das nicht auszahlen. Sie haben gesagt, dass Geld nicht ausgezahlt wird. Ich habe keinen Einfluss, wenn zum Beispiel ein Krankenhausträger mit seiner Baumaßnahme noch nicht fertig ist. Ich kann doch nicht das Geld einziehen, wenn ich ihm versprochen habe, dass er das Geld bekommt. So geht dies reihenweise weiter. Das ist in höchstem Maße unsachlich.

Sie kritisieren, dass 154 Millionen Euro für den Breitbandausbau noch nicht ausgegeben wären. Ich habe wiederholt erklärt, dass wir die Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen, obwohl wir überhaupt nicht zuständig sind. Wir unterstützen die Kommunen freiwillig mit Steuergeldern, um beim Breitbandausbau voranzukommen. Die Kommunen sind dabei viel erfolgreicher, als Sie darstellen. Wenn es nicht ganz so schnell gegangen ist, wie zunächst geplant war, ist das Geld noch vorhanden; es wird aber dennoch gebraucht. Sie kritisieren dies. Sie suchen ein Haar in der Suppe, um sagen zu können: Dieser Haushalt ist nicht korrekt vollzogen. – Das Gegenteil ist der Fall. Wenn Geld übrig bleibt, meine Damen und Herren, haben wir immer noch mehr Möglichkeiten zu reagieren, als wenn Geld fehlen würde. Ich lasse mir eingehen, einen Haushalt zu kritisieren, der unverhältnismäßige Ausgaben enthält, die nicht dem entsprechen, was das Parlament beschlossen hat. Letzten Endes aber kritisieren Sie uns dafür, die Staatsregierung dafür, dass nicht alles genauso schnell ausgegeben werden konnte, wie es zunächst beschlossen war. Mit dieser Kritik lebe ich. Ich kann der Öffentlichkeit gut erklären, dass dies keine Misswirtschaft ist, wie Sie es hier darstellen, sondern dass wir verlässlich bleiben, weil wir das Geld im Haushalt lassen, bis die Projekte durchgeführt sind. Deswegen bitte ich schon, die Haushaltsreste so darzustellen, wie sie sind.

Im Übrigen hat der ORH nicht kritisiert, dass wir 7,3 Milliarden Euro Haushaltsreste hätten, sondern er hat etwa 5 % davon kritisiert und dies als verwaltungstechnische

Problematik dargestellt. Er hat erklärt, die Begründung, weswegen wir Haushaltsreste haben, sei hinsichtlich der Dimension nicht so ausreichend, wie es sich der ORH wünsche. Damit habe ich kein Problem. Man darf in der Sache kritisieren, wie es der ORH macht. Natürlich werden wir unsere Haushaltswirtschaft so gut fortführen, wie wir dies alle gewohnt sind.

Ich möchte noch etwas sagen. Die Zahlen, die wir 2018 hatten, betrachten wir heute ja fast schon wie aus einer anderen Zeit kommend. Wir sprechen über Haushaltsüberschüsse in dieser Dimension. Da dies mehrfach dargestellt wurde, weiß jeder, dass uns gemäß der Steuerschätzung allein im Jahr 2020 5,5 Milliarden Euro fehlen werden. Wir werden also ganz andere Dinge diskutieren müssen als die Frage, ob irgendwelche EDV-Systeme mit der Geschwindigkeit umgestellt werden könnten, wie es sich die Opposition vorstellt.

Wir haben heute Themen und Probleme diskutiert. Wenn Sie Haushaltsreste zum Problem eines Haushalts erheben, meine Damen und Herren, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, dass es in der nächsten Zeit eher kompliziert wird. Aber auch diesbezüglich beginnt man schon wieder mit Darstellungen, die der Wahrheit nicht entsprechen. Da sagt doch heute Frau Köhler, wir hätten 20 Milliarden Euro mehr Schulden gemacht, und der BayernFonds käme noch obendrauf. – Frau Köhler, wir haben vom Landtag Kreditermächtigungen in Höhe von 20 Milliarden Euro erhalten. Ich bin aber nicht am nächsten Tag zur Bank gerannt und habe gesagt, dass ich 20 Milliarden Euro haben möchte, für die ich gerne Zinsen bezahle. Sie müssen sich vorstellen, wie so etwas in der Haushaltsabwicklung gemacht wird, damit Sie Ihr Misstrauen ablegen können. Wir nutzen eine Ermächtigung nicht dazu, um uns irgendwo Geld zu besorgen, sondern wir nutzen sie, um kluge Investitionen und Ausgaben zu decken. Dies haben wir getan. Sie sollten sich keine Sorgen machen: Die 20 Milliarden Euro sind noch nicht kapitalisiert, auch nicht beim BayernFonds, der im Übrigen noch nicht genehmigt ist. Weswegen? – Weil auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes noch nicht genehmigt ist und wir nach dem WSF des Bundes vielleicht noch ein paar

Tage für den BayernFonds brauchen. Das bedrückt mich auch. Ich will nur sagen: Das Geld ist nicht ausgegeben.

Das hat mich im Übrigen bei der Darstellung des ORH ein bisschen gestört, ohne dass ich den ORH kritisieren will. Aber ich habe in der Zeitung gelesen, der Freistaat Bayern hätte 40 Milliarden Euro mehr Schulden, die Pro-Kopf-Verschuldung wäre coronabedingt um 3.049 Euro gestiegen. Meine Damen und Herren, es würde dann gelten, wenn wir die 20 Milliarden Euro voll ausschöpfen würden. Das wären etwa 1.500 Euro, wie man sich ausrechnen kann. Wenn wir den BayernFonds voll ausschöpfen, dann könnten wir von nochmal 1.500 Euro ausgehen. Ob wir den voll ausschöpfen, weiß ich nicht. Der BayernFonds ist nicht dafür gedacht, das Geld zu verlieren, sondern dafür, dass die Firmen in den Stand gesetzt werden, das Geld zurückzuzahlen. Das ist kein Geld, das wir herschenken, sondern Geld, mit dem wir Unterstützung leisten. Deswegen ist es keine richtige und differenzierte Darstellung der Tatsachen zu sagen, wir hätten 3.049 Euro Corona-Schulden obendrauf auf die gut 2.000 Euro Pro-Kopf-Verschuldung, die wir in Bayern schon haben, sondern wir hätten das dann, wenn wir die Kreditermächtigungen in vollem Umfang in Anspruch nehmen oder nehmen müssen. Deswegen bitte ich, die Dinge immer korrekt darzustellen, wie sie sind; denn es ist einfach nicht okay, die Bevölkerung mit Halbwahrheiten zu verunsichern.

Wir haben auch in der Krise unsere finanzpolitische Solidität ganz eindeutig beibehalten. Da danke ich allen, die da mithelfen; denn die Herausforderungen werden groß. Harald Güller, wenn wieder die Frage kommt, wie wir mit den 20 Milliarden Euro, mit den Kreditermächtigungen, mit den Meldungen verfahren: Das ist immer wieder dasselbe System. Ich habe jedenfalls bisher die Rückmeldungen erhalten, dass das jetzt funktioniert und dass die Häuser die Ausgaben entsprechend an den Haushaltsausschuss melden, so wie wir das miteinander vereinbart hatten. So finde ich das auch in Ordnung.

Wenn ich all das addiere: Das Jahr 2018, das wir jetzt durch ORH und Landtag bewertet haben, war ein Jahr – ich sage das noch einmal –, das einen Bilderrahmen verdient. Angesichts dessen, was 2020 ff. passiert, hat es überhaupt keinen Sinn zu glauben, wir könnten jetzt in der Haushaltsbewirtschaftung so tun, als würden wir mit Kleinklein das retten, was wir benötigen, damit dieses Land auch in Zukunft stabil bleibt. Wir brauchen Haushaltspolitik, die Investitionen anreizt. Deswegen haben wir in unserem Haushalt Investitionen im Höchstmaß vorgeschlagen. Wenn dann einmal ein Gebäude nicht in dem Jahr fertig wird und man sagt, jetzt ist ein Haushaltsrest entstanden, meine Damen und Herren, dann ist mir das allemal lieber, als in einem Bundesland zu leben, das überhaupt kein Gebäude mehr planen kann, weil es kein Geld hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen sage ich: Wir haben in den letzten Jahren die richtige Politik betrieben. Jetzt müssen wir schauen, dass die Wirtschaft stabil bleibt und investiert wird. Wir haben mit unseren Soforthilfen geholfen. Es wird Überbrückungsgeld des Bundes geben. Wir haben steuerliche Maßnahmen ergriffen, meine Damen und Herren, und über 6,5 Milliarden Euro steuerliche Liquidität in den Unternehmen gelassen. Mittlerweile haben die Finanzämter 300.000 Anträge verbeschieden, damit bei den Unternehmen steuerliche Liquidität bleibt in Form von Steuervorauszahlungen, die herabgesetzt wurden, von Erstattungen von Umsatzsteuersondervorauszahlungen, von Steuerstundungsmaßnahmen: 6,5 Milliarden Euro. Die Sofortzahlungen, die geleistet wurden, belaufen sich auf über 2 Milliarden Euro. Jetzt stehen rund 5 Milliarden Überbrückungshilfen bereit durch die Gelder, die der Bund für bayerische Unternehmen zur Verfügung stellt. Wir haben den Kommunen zugesagt, zusammen mit dem Bund 4 Milliarden Euro zu geben, um insbesondere Gewerbesteuerausfälle zu egalisieren und für den ÖPNV entsprechende Ausfälle zu bezahlen. 380 Millionen Euro erbringt der Bund, das Land erbringt auch 380 Millionen Euro, davon rund 230 Millionen Euro für die Kommunen. Wir halten also auch hier Wort. Wir tun alles, damit das Land stabil

bleibt. Wir haben mit dem Geld versucht, überall an Vorhaben zu sichern, was notwendig ist.

Ich kann Ihnen eines nicht versprechen: Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass ich die 20 Milliarden wirklich vollständig ausgabe, liebe Frau Köhler. Mein Ziel ist es nämlich, dass wir nicht alles brauchen. Mein Ziel ist, bei den 20 Milliarden Euro einen möglichst großen Haushaltsrest zu produzieren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das wäre mein Ziel. Dann haben wir die Gewähr, dass unsere Wirtschaft in einem Zustand ist, der Zukunft verspricht. Diese Zukunft wollen wir gewinnen durch Haushaltspolitik, die wir in den letzten Jahren betrieben haben. Wir können die gegenwärtigen Lasten jetzt überhaupt nur schultern, weil wir über Jahre und Jahrzehnte grundsolide Haushaltspolitik betrieben haben, die dazu führt, dass es noch Geld gibt, mit dem investiert werden kann.

Die Kritik, die daran jetzt aus dem Rechnungshofbericht 2018 herausgesucht wird, merke ich mir; denn ich bin gespannt, was Sie dann einmal am Jahr 2020 kritisieren werden. Wenn man am besten Jahr schon so viele Dinge findet, dann habe ich heute schon Angst davor, was Sie in zwei Jahren über das sagen, was wir heute tun. Aber seien Sie sicher: Wir strengen uns auch heute an.

Ich danke dem Haushaltsausschuss, dem Parlament, den Ministerien und allen, die mithelfen, ja, auch dem Obersten Rechnungshof. Unsere Aufgabe ist jetzt, dass dieses Land stabil bleibt. Wir brauchen nicht Klein-Klein, nicht das Suchen von Stecknadeln im Heuhaufen, sondern das Denken an die Zukunft. Diesen Auftrag nehmen wir an. Ich danke allen, die heute die Entlastung für das Jahr 2018 aussprechen, und lade alle ein, intensiv darüber zu diskutieren, wie es weitergeht nach der Krise, wie wir hoffentlich bald wieder in einem Zustand sind, dass wir darüber sprechen können, was wir mit zunehmenden Steuereinnahmen machen; denn auch das ist eine Wahrheit. In den letzten Jahren haben wir über zunehmende Steuereinnahmen gestritten und gerungen, was wir damit tun. Das wird in den nächsten Jahren nicht unser Problem sein.

Wir werden uns nach den Problemen des Jahres 2018 noch sehnen, meine Damen und Herren. Deswegen: zusammenhalten. Auf geht's in die Zukunft!

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Füracker. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 5 abstimmen, die Entlastung der Staatsregierung. Der Abstimmung liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/7984 zugrunde. Ich gehe davon aus, dass über die einzelnen Nummern der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt werden soll.

Nach der Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2018 und des Jahresberichts 2020 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absätze 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben 2 a bis 2 p eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und hierzu dem Landtag zu berichten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 18/7984.

Ich lasse zunächst über den Buchstaben 2 i, zu dem kein einstimmiges Ausschussvotum vorliegt, einzeln abstimmen. Wer dem Buchstaben 2 i zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der FDP und der AfD. Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD und des fraktionslosen Abgeordneten Plenk. So beschlossen.

Nun lasse ich gemeinsam über die einstimmig beschlossenen Buchstaben 2 a bis 2 h und 2 j bis 2 p abstimmen. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist das so beschlossen.

Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drs. 18/7984 ist damit in allen Punkten zugestimmt worden. Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 6 betreffend Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs abstimmen. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/7922 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für das Haushaltsjahr 2018 die Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen. Dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ist gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung ebenfalls die Entlastung erteilt. Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sind damit erledigt.